

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.
Adolf & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsamt:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Frangiergeld monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich monatlich 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskonzessionen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 63.

Dresden, Sonnabend den 16. März 1918.

29. Jahrg.

Selbstbestimmungsrecht und Regierung.

Das alte Spiel, das mit Kurland getrieben wird, geht weiter. Jetzt sind wir glücklich so weit, daß vom deutschen Reichsfiskus im Namen des Kaisers Kurland als ein freies und unabhängiges Herzogtum anerkannt ist. Es liegt folgende Meldung vor:

(Mittelmittl.) Berlin, 15. März. Bei dem heutigen Empfang der Abordnung des kurländischen Landrats durch den Reichsfiskus verließ Staatssekretär v. Radowitz die Antwort auf den bekannten Beschluß des Landrats. Darin heißt es: Mit besonderer Freude und Ehrung haben Seine Majestät von der an ihn gerichteten Bitte Kenntnis genommen, die Herzogtümer Kurlands anzunehmen. Die Allerhöchste Entscheidung wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landrat mitgeteilt werden. Mit lebhafter Freude und Begeisterung haben Seine Majestät ferner erfahren, daß der Wunsch des Landrats auf eine enge Verbindung des Herzogtums mit dem Deutschen Reich gerichtet ist. Der Ausführung dieses Wunsches steht nichts mehr im Wege. Seine Majestät haben sich dementsprechend im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Namen und die Verfassung des Deutschen Reiches beim Aufbau seiner Verfassung, die aus einer Landesvertretung auf breiter Grundlage bestehen muß, zuzuschicken, und wegen der Festlegung und Formalisierung der vom Landrat beschlossenen engen Verbindung mit dem Deutschen Reich das Weitere zu veranlassen.

Die Entwicklung der Dinge zeigt, daß die deutsche Regierung auf das feierlichste verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Praxis einfach pflegt. Sie hat sich ja nicht darauf beschränkt, die Selbstständigkeit Kurlands anzuerkennen, sondern sie stellt fest, daß Kurland ein selbständiges Herzogtum sein soll, trotzdem noch keine Körperschaft in Kurland gesprochen hat, die wirklich das kurländische Volk vertritt. Es ist zwar in der Erklärung, die der Unterstaatssekretär von Radowitz vorgelesen hat, die Rede davon, daß in der Festlegung des Herzogtums Kurland eine Vertretung auf breiter Grundlage vorgesehen sein muß. Von dieser sogenannten breiten Grundlage wird schon seit mehreren Monaten fortwährend gesprochen, ohne daß jemand weiß, wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist. Was versteht die deutsche Regierung unter einer solchen „breiten Grundlage“? Wir haben es hier mit einer jener unklaren, schwammigen Formulierungen zu tun, deren sich die Staatsmänner so gern zu bedienen pflegen, um die Völker hinzuhalten und hinter sich zu führen. Warum sagt man nicht endlich, wie die Vertretung Kurlands endgültig zusammengesetzt sein soll? Warum sagt man nicht, ob man bereit ist, auch in Kurland das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen oder nicht?

Was soll geschehen, wenn eine auf Grund eines solchen Wahlrechts gewählte Körperschaft zu wesentlich anderen Beschlüssen kommt wie der kurländische Landrat, wenn sich diese Vertretung etwa für die Errichtung einer Republik oder für die Wiedervereinigung mit Rußland ausspricht?

Wahler der Wind weht, kam man nur zu gut aus unseiner Eroberungspraxis sehen. So wird in einer Aufschrift, die der hiesige Dresdner Anzeiger aus angeblich unternichteten Kreisen erhält, ganz ungeschickt angegeben, daß die in den kurländischen Landrat besitzenden Adversitäten die Arbeiterbevölkerung nicht vertreten ist und es wird darum in aller Ruhe erklärt, daß eben diese Arbeiter die Republik wollen und daß deswegen auch für Kurland ein Parlament mit einem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beschlossen sei. In den „Staatsverantwortlichen“ Kreisen Kurlands habe die Republik keine Anhänger. So also wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstanden! Man läßt in den in Frage kommenden Gebieten von vornherein mit diejenigen Kreise zur Entscheidung zu, von denen man annimmt, daß sie so entscheiden, wie es der deutschen Regierung und unseiner Eroberungspolitik angenehm ist. Wer nicht so will, wie sie, der ist eben nicht staatsverantwortlich und darf nichts zu sagen haben. Also, das Selbstbestimmungsrecht den Völkern, ja wohl, aber nur, wenn sie uns den Willen tun!

Der Verfasser der Aufschrift in dem alldeutschen Blatt, der auf diese Weise an dem Begriff des Selbstbestimmungsrechtes seine Verdrehungsmaschine übt, dringt es dann schließlich noch fertig, auszuführen, die Ententemächte und vor allen Dingen auch Amerika, die ja das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahnen geschrieben hätten, können sich nichts dagegen haben, daß die Dinge im Osten nach der in Kurland angewendeten Methode geregelt werden. Es ist ja nichts Neues, daß unsere Alldeutschen vom lächerlichen Reichstiller völlig verblendet sind. Aber leider ist auch die deutsche Regierung immer mehr in ihr Rohwasser geraten und deshalb steht und will man nicht einsehen, daß die Art und Weise, wie die Dinge im Osten behandelt werden, in der ganzen Welt als ein ungeheurer Vortrieb Deutschlands herangezogen werden muß, und daß dadurch der Boden bereitet wird, auf dem neuer Haß und neue Feindschaft gegen Deutschland emporsteigen werden. Die Folgen wird das deutsche Volk bereinst vieleicht mit neuen, schweren Blutopfern bezahlen müssen.

with. (Anstalt.) Großes Hauptquartier, den 16. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:
Am Abend und während der Nacht war die englische Artillerie namentlich zwischen Arras und St. Quentin sehr tätig. Durch feindliches Feuer und Bombenabwurf auf rückwärtige Ortschaften entstanden in Menen und Salzin größere Verluste unter der Bevölkerung.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz, v. Gallwitz und Herzog Albrecht:

Westlich von Reims, auf beiden Maasulfern sowie an der lothringischen Front bei Metz und Namant war der Feuerkampf tagüber sehr heftig. Beiderseits von Ornes blieb er auch die Nacht hindurch lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der kurländische Landrat.

Ueber diese famose Volksvertretung sagt das Berliner Tageblatt folgendes:
Selbstverständlich muß die Legitimation des kurländischen Landrats und seines Ausschusses geprüft werden. Denn davon hängt die Antwort auf die weitere Frage ab, ob die Landesvertretung zur Festlegung so weittragender Beschlüsse überhaupt berechtigt ist. In dieser Beziehung wird geltend gemacht, daß allerdings bisher die kurländische Ritterschaft die alleinige Vertretung des Landes bildete. Ihre Versuche und Anträge, eine Erweiterung auf berufstätiger Grundlage zu schaffen, wurden unter der russischen Herrschaft zurückgewiesen. Dagegen wurde im September vorigen Jahres, also während der deutschen Besetzung des Landes, eine Landesvertretung auf breiterer Grundlage geschaffen, indem insgesamt 80 Vertreter berufen wurden, die sich aus der Vertretung des Großgrundbesitzes, des Kleingrundbesitzes, der Geistlichkeit und der Städte zusammensetzten. Man sieht schon hier, daß die Klasse der städtischen Arbeiter nicht vertreten war und auch nicht gewollt wurde, da sie nach der Ansicht der deutschen Verwaltung sich im wesentlichen nach bolschewistischen Grundgedanken orientierte. Der Großgrundbesitz wählte seine Vertreter nach dem hergebrachten Wahlrecht. Die Vertreter des Kleingrundbesitzes, die im wesentlichen die Bauern und die Vertreter der Städte wurden durch die Gemeindevorstände berufen. Die Geistlichkeit erhielt ihre Vertreter durch Deputierte, und die Vertreter der Städte wurden durch die Stadtverordneten bestimmt. Die Stadtverordneten gingen wieder aus der Wahl der Hausbesitzer hervor. Wie weit der einzelne Wahlmodus geeignet war, Personen auszuwählen, die das Vertrauen ihrer Berufskreise tatsächlich besitzen, mag unentschieden bleiben; im ganzen kann man vielleicht annehmen, daß die Wahlen der überhaupt vertretenen Stände ein zutreffendes Abbild der herrschenden Strömungen und Stimmungen widerspiegeln. Aber die Landesvertretung und ihre aus 20 Mitgliedern bestehende Ausschuss bildet doch nur einen repräsentativen Körper der in Frage kommenden Berufsstände, keine Vertretung der kurländischen Gesamtbevölkerung. Und die Bevölkerungsschichten, die weder zum großen, noch zum kleinen Grundbesitz, weder zur Geistlichkeit, noch zu den städtischen Berufsständen gehören, sind, so viel wir sehen, in der Landesvertretung überhaupt nicht vertreten. Es wird nur behauptet, daß die kurländische Landesvertretung auf breiterer Grundlage ausgebaut werden solle. Aber diese spätere Vertretung würde sich dann vor Tatsachen gestellt sehen, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können.

Das verlassene Petersburg.

Nach Moskauer Meldungen ist dort am 13. März der allgemeine Sowjet-Kongress eröffnet worden, woran über 3000 Arbeiter- und Soldatenvertreter teilnahmen. Außer dem Programm des Kongresses steht außer den Verhandlungen über den Vertrag mit den Alliierten auch der Beschluß über die Verlegung der Hauptstadt nach Moskau. Nach einer Vorausmeldung aus Petersburg wird amtlich bekanntgegeben, daß die Räumung Petersburgs beendet ist und kein Bewohner die Stadt verlassen darf. Zu diesem Zwecke ist der Verkehr aller Personen- und Postzüge aufgehoben. Das Erscheinen aller sogenannten bürgerlichen Zeitungen wurde vom Rat der Kommissare der Kommune Petrograds wieder genehmigt. Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist nach Moskau übergesiedelt und hat eine Filiale in Petersburg errichtet.

Der Petersburger Korrespondent der Daily News berichtet aus Moskau vom Dienstag: „Alle Löhne des Kreml bis auf ein Drittel gesunken. Im Kreml sind große Vorräte von Munition aufgestapelt, die von einem litauischen Regiment dorthin gebracht wurden. Man beschließt, den Kreml in eine Festung der Revolutionäre umzuwandeln. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wird wahrscheinlich ratifiziert werden, da es Lenin gegnügt ist, die Mehrheit der bolschewistischen Partei für seinen Standpunkt zu gewinnen. Die besitzenden Klassen in Rußland sehen ein, daß ein Friede im wahren Sinne des Wortes unmöglich ist, solange die Sowjets die Macht in den Händen haben. Im Laufe eines Moskauer Kaufmanns hörte der Korrespondent sagen, daß die russischen Kaufleute lieber vom Kaiser von China als von Bolschewiki regiert werden wollen. Man spricht von den Deutschen wie von Kettern. Die besitzenden Klassen sehen ein, daß die Macht der Sowjets mit Lenin an der Spitze sowohl für Deutschland als auch für sie selbst eine Gefahr ist.“

Trothi ist angeblich zum Volksbeauftragten für militärische Angelegenheiten an Stelle von Bodnowski, der zurückgetreten ist, ernannt worden. Der Posten des Höchstkommmandierenden ist abgelehnt worden. Der Posten des Befehlshabers der Ostseeflotte wurde dem Admiral Rastowoff angeboten. Der frühere Generalfeldmarschall des Großfürsten Nikolaus, General Skliniski, ist in Moskau unter der Beschuldigung des Einvernehmens mit Kaledin verhaftet worden. Es sind Berichte über ernste Gefechte bei Rhesland in Zentralasien eingetroffen, Gefechte, die zwischen der Bevölkerung und den lokalen Sowjettruppen stattfanden. Große Vorräte Granat sind vernichtet worden. Die deutschen und ukrainischen Truppen setzten laut Reuters ihre Operationen in Skhorland fort und haben Tschernigow besetzt. Außerdem liegt eine Meldung vor, daß die Türkei den ganzen Distrikt von Vaku besetzt hat. Daily Chronicle meldet: Im Hafen von Odessa liegen gegenwärtig 100 000 Tonnen britischer, französischer, italienischer und rumänischer Dampfschiffe. Die Beute, die bis jetzt von den Deutschen in Rußland gemacht ist, hat einen Wert von 400 Millionen Pfund Sterling.

Verhaftung des Wahlausschusses der Konstituante.

In Stockholm, 15. März. In dem Lauritzen-Palast in Petersburg, wo sich der allrussische Wahlausschuss versammelt hatte, drang der Führer der Bolschewiki ein und erklärte, nachdem er den Anwesenden einen von den Volkskommissaren unterzeichneten Befehl vorgelegt hatte, sie als Mitglieder der „Radikalen-Zentral-Wahlorganisation“ verhaften zu lassen. Da die Anwesenden den Führer ablehnten, so daß sie der allrussischen Wahlkommission angehören, erklärte er, erst weitere Instruktionen einholen zu müssen. Nach einer Stunde führte er die Bolschewiki zurück und führte alle Mitglieder nach dem Smolny-Institut, wo ihre Verhaftung erfolgte.

Englands und Japans Absichten.

London, 14. März. Reed Smith fragte im Unterhause den Staatssekretär des Auswärtigen, ob er dem Hause betreffend der Berichte über die japanischen Absichten im asiatischen Rußland Mitteilungen machen könne und welche Stellung er in dieser wichtigen Frage einnehme. Es bestünde keinerlei Gefahr, daß Deutschland Sibirien besetze. Aber der Gebietsverlust der für Rußland aus dem Zusammensturz Japans folge, stünde fest, würde im Einklang mit den Forderungen Wilsons. Offensichtlich werde die Regierung der von Wilson festgelegten politischen Richtung folgen. Wie Reed Smith unterstufte Smith, War Kelli erklärte, daß er mit der Erklärung Lord Robert Cecil einverstanden sei. Es sei unwahrscheinlich, daß Japan als Katastrophe der Verbündeten energisch eingreife. Das Eingreifen Japans sei freudig zu begrüßen. Captain Penon sagte, der Zusammenbruch Rußlands stelle Japan vor eine sehr ernste Lage. England dürfe ihm keine Vorwürfe machen, da sein Vorgehen mit seinen eigenen Schwierigkeiten und Gefahren zusammenhänge.

Valfour antwortete in seiner Rede, es sei ein heilloses Unglück gegen die Zivilisation, daß die russische Revolution mitten in dem europäischen Krieg ausbrach. Es wird notwendig einige Zeit dauern, bis man sicher weiß, wieviel von dem alten Rußland zu dem neuen Rußland gehören und wie dieses neue Rußland sich gestalten wird. Valfour wendete sich dann gegen die Kritik von Reed Smith, als ob eine japanische Expedition nach Rußland geplant sei, die notwendig zur Aufhebung von Russlands Neutralität würde. Er nehme nicht an, daß Deutschland verdaue, große organisierte militärische Streitkräfte von Sibirien nach Rußland zu schicken. Aber da Rußland gar keine Widerstandskraft mehr besitzt, so könne eine deutsche Durchdringung von dem einen Teil Rußlands bis zum andern stattfinden, die absolut verhängnisvoll für Rußland und für die Zukunft der Verbündeten sehr nachteilig sein würde. Diese Durchdringung ist schon sehr weit gediehen. Eine einzige Bank darf in Moskau arbeiten und das ist eine deutsche Bank. Was ich für Rußland am meisten fürchte, ist, daß es im deutschen Interesse liegt, die Verwaltung zu fördern. Wenn dann die Unordnung unermesslich geworden und verschiedene Klassen aus patriotischen oder festeren Beweggründen jede Art von fester, geordneter und zivilisierter Bewegung herbeiwünschen, dann wird Deutschland sich sagen: Jetzt wollen wir uns einmischen und durch alle offenen und unterirdischen Kanäle, die wir besitzen werden, unsere Macht im Lande ausüben. Wir müssen uns daher fragen, ob einer der Verbündeten Rußland die Hilfe leisten kann, die es nötig braucht. Valfour protestiert energisch gegen die Unterstellung von Reed Smith, daß Japan sich durch selbstliche und unehrenhafte Motive leiten ließe. Japan habe mit vollkommener Loyalität gehandelt. Die Entscheidungen, die die Verbündeten zu treffen haben werden, sind nicht schwierig, aber sie beruhen auf Grundfragen, die Rußland und der russischen Revolution gegenüber weder unbillig, noch unedelmütig, noch feindselig sind.

Das Schiffstraum-Ultimatum an Holland.

Nach Berichten aus London meldet der Washingtoner Korrespondent der Associated Press, daß England in der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine letzte Warnung an die holländische Regierung hinsichtlich der künftigen Lieferungen von Kohlen einbrachte und daß, wenn vor dem 16. März hierauf keine einwilligende Antwort eingelaufen sei, die holländischen Schiffe von den Alliierten in Gebrauch genommen werden sollen.

Das, 16. März. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, wird der niederländische Minister des Reichens am Dienstag in der Zweiten Kammer den Standpunkt der holländischen Regierung in der Angelegenheit des Ultimatums der Entente an Holland mitteilen.